

Antrag 15/1/2021

SPD-OV Syke

Der Landesparteitag möge beschließen:

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

- 1 1. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zur landesweiten Ab-
- 2 schaffung von Straßenausbaubeiträgen (Erhebungsverbot) zu schaffen.
- 3 2. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Ausgleich der kommunalen Mehrausgaben durch die
- 4 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu ermöglichen.

5

6 **Begründung**

7 Die jahrelange Praxis zur Heranziehung von Straßenausbaubeiträgen im Land Niedersachsen hat in den
8 letzten Jahren zur erheblichen Schieflage der finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger geführt.
9 Häufig sind es nicht nur Anliegerinnen und Anlieger, die einzelne Straßen nutzen, was insbesondere in
10 Stadtzentren deutlich wird: Hier ist durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auf den Hauptstraßen mit
11 regelmäßigeren und kostspieligeren Sanierungen zu rechnen, als in kleinen Nebenstraßen angrenzender
12 Wohnsiedlungen. Die Beteiligung von Anwohnerinnen und Anwohnern beim Straßenausbau ist daher in
13 vielen Fällen äußerst unsolidarisch und unsozial und entspricht somit nicht den sozialdemokratischen
14 Grundwerten.

15 Zwar hat die Landesregierung Ende 2019 durch Änderungen im Kommunalabgabengesetz (NKAG) die Mög-
16 lichkeit geschaffen, dass einzelne Kommunen auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge verzichten kön-
17 nen, jedoch führte dies lediglich zur Entstehung eines landesweiten Flickenteppichs. Während nun also die
18 Bevölkerung einiger Kommunen keine Abgaben mehr zahlen muss, muss in anderen Kommunen weiter-
19 hin mit der hohen finanziellen Belastung gerechnet werden. Dies ist für einen Großteil der Bevölkerung
20 nicht nachvollziehbar. Für viele finanzschwache Kommunen ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträ-
21 ge ohne Kompensation (beispielsweise durch die Erhöhung der Grundsteuer) allerdings nicht möglich. Dies
22 führt dazu, dass finanzstarke Kommunen für Einwohnerinnen und Einwohner (finanziell) noch attraktiver
23 werden. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse innerhalb Niedersachsens ist somit stark gefährdet.

24 All diese Punkte führen zu zunehmenden Akzeptanzproblemen innerhalb der Bevölkerung, was die steigen-
25 de Zahl von Bürgerinitiativen im Land Niedersachsen deutlich macht, welche sich gegen die Erhebung von
26 Straßenausbaubeiträgen aussprechen. Warum sich nur Anliegerinnen und Anlieger an der Sanierung oder
27 am Ausbau von Straßen beteiligen sollen, die von der Allgemeinheit genutzt werden, ist den Betroffenen
28 freilich nur schwer zu vermitteln. Durch die Abschaffung der Straßenbaubeiträge entsteht allerdings eine
29 zusätzliche Mehrbelastung der Kommunen, die daher durch finanzpolitische Maßnahmen des Landes aus-
30 geglichen werden muss. Hier ist beispielsweise eine Erhöhung des KFA-Ansatzes oder eine Pauschalzahlung
31 an die Kommunen, wie es die SPD in Brandenburg durchsetzte, möglich.

32

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung